

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
 Bezugspreis:
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Der zweite deutsche Seemanns-Kongress

tagt gegenwärtig in Hamburg und ist auf demselben auch Stettin vertreten.

Zum ersten Punkt: Die Lage bzw. die Ausbeutung der Seeleute an Bord und an Land, führt nach dem „Hamb. Nachr.“ der Vorsitzende des Seemannsverbandes A. Störmer als Vertreter an, daß nach der Statistik der Seemannsbörse einer der gefährlichsten ist und trotzdem die Behandlung und Entlohnung der Seeleute diesem gefährlichen Beruf durchaus nicht entspricht. Was die Kost anbelangt, so ist vor allen Dingen auf die Schädlichkeit des Genusses des vielen Salzfleisches hinzuweisen, wie dies ja erst kürzlich in Hamburg bei einer Seemannsversammlung zu Tage getreten ist. Es müßte unbedingt eine Trennung in Bezug auf die Kost zwischen der transatlantischen und europäischen Schifffahrt eingeführt werden. Ferner sei es doch nicht notwendig, daß bei dem Liegen der Schiffe im Hafen die Kost immer aus der Salzfleischkammer gegeben werde. Im Hafen müßte die Kost an jedem Tage erneuert werden und nicht eben immer aus Salzfleisch bestehen. Der Referent kommt dann weiter auf die Arbeitseintheilung an Bord der Schiffe zu sprechen, und verlangt, daß die Notharbeit und die Lebenskosten den Seeleuten vergütet werde, wie dies ja auch bei den anderen Arbeitern geschieht. Der Referent weist dann ferner auf die Seemannsmission hin, die von „sozialdemokratischer Seite in den Seemannsvereinen“ wirkt. Dieser Vorwurf sei in jeder Beziehung durchaus ungerechtfertigt, denn von Seiten der Seeleute könne gar nicht die Rede sein, in der Organisation der Seeleute würden nur Tathachen, die man beweisen könne, behauptet. Was den Vorwurf „sozialdemokratisch“ anbelangt, so wolle Redner nur darauf hinweisen, daß die Seeleute sich an die Vertreter der sozialdemokratischen Partei deshalb wenden, weil nur diese sich um die Klagen der Seeleute kümmern, während die Vertreter anderer Parteien sich nicht mit der Angelegenheit der Seeleute befassen. Der Referent empfiehlt dem Kongress die folgende Resolution zur Annahme: „Der 2. deutsche Seemanns-Kongress erklärt: in Anbetracht der öffentlichen Thatsache, daß der Seemannsberuf in der Gegenwart die erste Stelle einnimmt und demgegenüber sein Lohn als ein recht geringer bezeichnet werden muß; daß ferner die für den Seemann heute geltenden Gesetze seine schrankenlose Ausbeutung sowohl an Bord der Schiffe als auch an Land skrupellos gestatten und ihm weit mehr Pflichten auferlegen als Rechte einräumen; in weiterer Hinsicht, daß diese Ausbeutung von einer großen Anzahl von Personen in der reichsfeindlichen Weise unter oft thierischer Behandlung, mit so gar nachfolgender schwerer Bestrafung, auch vielfach nachlässig ausgeführt wird, ist die Lage der Seeleute, speziell der niederen Chargen, als eine äußerst traurige und mißliche zu bezeichnen und verdient daher seitens der Behörden die größtmögliche Beachtung und Kontrolle. Sade der so schlecht gestellten und anderen Berufen gegenüber weit zurückgegangenen Seeleute ist es aber, auch selber dieser mißhandelten Ausbeutung gegenüber einen Damm entgegenzusetzen und selbst Hand anzulegen an die Verbesserung ihrer so tiefelenden Lage, und da ist es nicht die Seemannsmission, die als Heilmittel „Beien und Fügen“ vorordnet, welche Beachtung verdient, sondern es ist der Seemanns-Verband, der es sich zur Aufgabe gestellt, dem seemannlichen Proletariat seine Menschenrechte zu erläutern, und dem daher beizutreten und für den unermüdet zu agitieren, jedes einzelnen Schiffsmanns wahrlich höchste Pflicht ist.“ — In der Diskussion weist zunächst Pastor Wittenberger darauf hin, daß das Bestreben der Seemannsmission nur durch die Liebe zum Seemannsstand getragen werde. Es gebe zum Seemannsmission alljährlich zahlreiche Aufforderungen zur Arbeit als Seemannsreisenden, zu und es könne von einem Eingreifen resp. Einmischen durchaus nicht die Rede sein; auch die von der Seemannsmission eingerichteten Seemannsheimen fungieren vorzüglich, so z. B. war das Seemannsheim im verflochtenen Jahre von 800 Personen frequentiert, denen fast sämtlich durch das Seemannsbureau innerhalb weniger Tage eine Chance verschafft wurde. Redner bittet schließlich, doch die religiösen Bestrebungen der Seeleute jedem Einzelnen zu überlassen. Es tritt alsdann eine zweistündige Mittagspause ein.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Seemannsordnung, erhält zunächst der Reichstagsabgeordnete Wegger das Wort. Er führte u. A. aus: Seit 1891 verjagte man die Seemannsordnung zu modifizieren, ohne daß man bis jetzt einen Versuch hinausgeschoben hat. Es solle angeblich kein Material, das eine Abänderung der Seemannsordnung bedinge, in genügender Weise vorhanden sein. Die technische Kommission für Seeschifffahrt und die seemannischen Vereine hätten inzwischen nachgewiesen, daß die Seemannsordnung sehr verbesserungsbedürftig sei. Da sei zunächst der § 4 der Seemannsordnung, auf den man besonders sein Augenmerk richten müsse. Zu diesem Paragraphen müsse besonders ein Zusatz gestellt werden, wonach Konflikt, die Mitinhaber oder auch Agenten der Reedereien, von der Wahrnehmung der Geschäfte eines Seemannsverbandes ausgeschlossen sind. Die besonderen Vereinbarungen, die jetzt in den §§ 37—41, sowie bei Vergelohn, bei den Lieberhandeln, bei der Arbeitszeit auf See und dem Wachegehen im Hafen zulässig seien, müssen sämtlich fortfallen und die Aufsichtrolle dürfe nach dieser Richtung hin keine Zugabe erhalten. Der störende Reichstagsabgeordnete Schwarz-Lübbeck führte u. A. aus, daß namentlich die Disziplinbefugnis des Schiffers einer gründlichen Abänderung bedürfe, der § 79 der Seemannsordnung, welcher von einer „Festsetzung“ und von einer „Schmälerung der Kost“ z. rebe, sei in seiner jetzigen Form nicht mehr als haltbar zu erachten. Das Verhältnis der Seemannsordnung zum Gesetz habe sich sehr zu Ungunsten der ersten verschoben; der einzelne Schiffsmann müsse heute bedeutend mehr Arbeitskraft hergeben wie früher, trotz aller Maschinen, das beweisen die vielen Lieberhandeln, die man früher fast gar nicht kannte u. c. — An diese Ausführungen knüpfte sich eine längere Debatte, in der von allen Seiten die Nothwendigkeit einer Revision der Seemanns-

ordnung betont wurde. M. Müller-Hamburg weist noch darauf hin, daß die deutschen Seeleute, die auf fremden Schiffen fahren, vollständig rechtlos seien, und bittet um Milderung bei der Revision. Als Schlussfolgerung führt der Reichstagsabgeordnete Wegger aus, daß die Verbandsleitung des Seemannsverbandes sich mit der sozialdemokratischen Fraktion in Bezug auf die Behandlung der Frage der Revision der Seemannsordnung dahin geeinigt habe, daß, falls eine Novelle zur Seemannsordnung vorgelegt würde, von Seiten der Verbandsleitung gemeinschaftlich mit den betreffenden Reichstagsabgeordneten dieselbe durchberathen und diesbezügliche Vorschläge gemacht werden. Es wird alsdann die folgende Resolution angenommen: „In Erwägung, daß die in jüngster Zeit zu einer brennenden Frage gewordene Herbeiführung einer größeren Sicherheit im Schiffsverkehr im engsten Zusammenhang mit der Frage einer Revision der durch die Entwicklung der Seeschifffahrt längt überholten Seemannsordnung von 1872 steht, die Reichsregierung aber, trotz wiederholter Versprechungen ihrerseits, es bisher nicht der Mühe werth gehalten hat, die allseitig als nothwendig anerkannte Abänderung dieses veralteten Gesetzes zum endlichen Abschluß zu bringen, beschließt der Kongress, an die Regierung das Ersuchen zu richten, das Veraltete nachzuholen und dem Reichstags nach während der gegenwärtigen Tagung eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten.“ Ferner beschließt der Kongress: „In Erwägung, daß von sämtlichen im Reichstag vertretenen Parteien einzig und allein die Vertreter der Sozialdemokratie durch ihr Eintreten für die Anerkennung der Menschenrechte und der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten sowie für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der ca. 44 000 auf der deutschen Handelsmarine thätigen Seeleute sich des vollen Vertrauens derselben würdig erwiesen haben, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu ersuchen, sich auch ferner der Seeleute anzunehmen und die Lösung der beregten Frage während der gegenwärtigen Tagung des Reichstages mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln anzustreben.“

Der griechisch-türkische Krieg.

Der mit Spannung erwartete zweite Theil des Berichtes des griechischen Kronprinzen über den Krieg mit der Türkei wird in wenigen Tagen in Athen erscheinen. Der dortige Korrespondent der „Times“ ist in der Lage, schon heute Auszüge aus dem Werke mitzutheilen. Dieser Schlussband des Kronprinzlichen Berichtes beginnt mit einer Schilderung der Ereignisse, die in Velestino stattfanden, und erklärt, daß die Besetzung dieser Stadt nothwendig für die Verteidigung von Volo war. Oberst Smolenski's Brigade verließ Volo am Morgen des 15. April 1897. Am 5. Uhr fand ein Treffen statt zwischen den Vorposten der griechischen und der türkischen Armee, das zu Gunsten der Griechen ausfiel, die mithin die Besetzung von Velestino sicherten. Am 17. machten die Türken einen faumfälligen Angriff, der zurückgeschlagen wurde, während ein erfolgloserer Angriff am folgenden Tage stattfand. Am 23. und 24. b. machte der türkische linke Flügel einen kräftigen Angriff auf die griechischen Linien unter Gynopolan, aber der Sieg der griechischen Armee nahm keinen Anhalt an dem Treffen. Zwei Kompanien des linken Flügels wichen zurück, und Oberst Smolenski befahl einen allgemeinen Rückzug nach Mengro, wo er am 25. im Stande war, seine ganze Brigade zusammenzuführen.

Das zweite Kapitel behandelt die Vorgänge in Pharsala und enthält Depechen des Kronprinzen an das Kriegsministerium, in denen die Gründe für den Rückzug von Larissa angegeben werden. Ferner wird Bericht erstattet über die Ereignisse, die zu dem Wechsel in dem Stabe des Kronprinzen führten. Es ergibt sich daraus, daß der von der Regierung angeordnete Schritt der Nothwendigkeit entsprang, die öffentliche Stimmung in Athen zu beruhigen. Dann wird die Schlacht von Pharsala eingehend geschildert. 18 000 Griechen unter dem Kronprinzen leisteten den ganzen Tag 50 000 Türken Widerstand. Der Kronprinz erachtete es indes aus strategischen Gründen, die in seinem Bericht angegeben sind, für nothwendig, die Verteidigung von Pharsala am 24. April nicht fortzusetzen, und er zog es vor, sich auf Domoso zurückzuziehen. Es gelang ihm, seine Armee während der Nacht zurückzuführen und Domoso unbefestigt zu erreichen. Hier schien es angezeigt, den Plan des besetzten Rückzugs fortzusetzen, und da er wünschte, seine ganze Armee auf dem Tafelande oberhalb Domosos zu konzentrieren, sandte E. königliche Hoheit an Oberst Smolenski's Brigade den Befehl, von Mengro zu ihm zu fliehen. Oberst Smolenski unterließ es, den Befehl zu befolgen, und aus den zu diesem Punkte zitierten Depechen geht hervor, daß er im Einklang mit den Weisungen des Ministeriums Itali handelte, das sich in diese rein militärische Frage mischend, ein Viertel der Armee unter dem Befehle des Kronprinzen in dem kritischen Augenblicke untüchtig ließ.

Der Bericht befaßt sich zunächst mit der Schlacht von Domoso am 5. Mai, in der, wie behauptet wird, die schlechte Sandbarriere der Truppen des rechten Flügels den erfolgreichen Widerstand des Zentrums und linken Flügels neutralisierte. Der Misserfolg des rechten Flügels nöthigte den Kronprinzen, seine erste Verteidigungslinie aufzugeben und sich nach der zweiten Linie in Dityrs zurückzuziehen. Der Rückzug wurde in guter Ordnung ausgeführt. Die erste Division besetzte unbesetzt den Phourka-Bach, durch den die Wagensstraße nach Larissa und Thermopylaen läuft. Der Befehlshaber der Artillerie wurde beauftragt, Feldartillerie vor dem Bacheingang auf der Linie, auf welcher die Verteidigung erfolgen sollte, aufzustellen, aber seinen Instruktionen zuwider marschirte er über den Eingang hinaus. General Matres, der die Truppen an diesem Punkte befehligte, befahl den Truppen, Stellung zu nehmen, aber er unterließ es, die nöthigen Vorposten zu stationieren; die griechische Kavallerie rückte gegen die feindliche Vorhut vor, aber nach kurzer Zeit wich auch sie zurück und betrat den Bach. Folglich drang der Feind unbehindert vor. Bei dieser Gelegenheit, sagt der Bericht, wie in der Schlacht vor Daleria, verfiel General Matres den Kronprinzen zu spät vom dem Erscheinen des Feindes. Die griechische Armee wurde überumpelt, und die Ueberumpelung

wäre höchst verhängnisvoll gewesen, wenn Oberst Demopolos nicht rasch Abbruch gemacht und den Feind, der zu fernem begann, während die griechischen Truppen noch mit der Einnahme ihrer Stellung beschäftigt waren, angegriffen hätte. Oberst Demopolos' Brigade warf den Feind zurück und behauptete sein Terrain bis zum Einbruch der Nacht, worauf das Feuer eingestellt wurde. Allein während der Nacht — und dies ist ein zum ersten Male enthaltener Punkt — befahl General Matres der Brigade Demopolos, sich nach dem Bacheingang zurückzuziehen und sich dort zu konzentrieren. Später ordnete General Matres aus eigenen Sünden einen weiteren Rückzug nach Lamia an, und derselbe begann um 4 Uhr Morgens am 7. Mai. Als der Kronprinz dies bemerkte, befahl er sofort, den Rückzug einzustellen, und sandte Kavallerie vor, um dem Feinde diesen verhängnisvollen Schritt zu verbergen. Gleichwohl setzten die Truppen unter General Matres den Rückzug fort und einige derselben erreichten tatsächlich Lamia. Nur zwei Bataillone blieben als Nachhut der sich zurückziehenden Truppen und griffen den Feind an. Die verfolgten Türken trieben diese Truppen zurück und machten erst Halt, als sie auf die Streitkräfte des Kronprinzen stießen, der sie in Schach hielt, bis ein Befehl von der Regierung eintraf, die Feindeslücken einzustellen und einen Waffenstillstand zu beantragen. Um 2 Uhr Nachmittags am 7. Mai hörte das Feuer beiderseits auf.

Der Bericht schließt mit einer Darstellung der Vorfriedens-Unterhandlungen.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der Ministerrath nahm Kenntniß von dem Telegramm, in welchem über die Aussage berichtet wird, welche Dreyfus vor dem mit seiner kommissarischen Vernehmung von der Kriminalkammer beauftragten Richter gemacht hat. Dreyfus verweigert darin, er habe niemals Lebrun-Renaud gegenüber ein Geständnis abgelegt, er habe im Gegentheil stets seine Unschuld behauptet und habe vor der Vornahme des Degradierungsaktes die Absicht kundgegeben, öffentlich zu erklären, daß er nicht schuldig sei, und daß seine Unschuld in zwei oder drei Jahren anerkannt werden würde. Andererseits erklärte es Dreyfus für ebenso unbegründet, daß er dem Vorhergehenden des Geständnisses, in welchem er nach seiner Verurteilung internirt war, Geständnisse gemacht habe. Er habe dort den Besuch Dupaty's erhalten, welcher letzterer zu ihm gekommen sei, um ihn zu fragen, ob er nicht gewisse Schriftstücke ausgeliefert habe, um dafür andere zu erhalten. Dreyfus versichert, er habe Dupaty erklärt, daß er kein Schriftstück ausgeliefert habe. Endlich erklärt Dreyfus, daß er kein Geständnis abgelegt habe weder einem Garde republican noch einem Wendarmen gegenüber. Am Schlusse seiner Vernehmung hat Dreyfus wiederholt, daß er immer überzeugt gewesen sei, seine Unschuld werde innerhalb eines Zeitraumes von zwei oder drei Jahren zu Tage treten.

In der gestrigen Sitzung des Ministerrathes wurde auch der Rath am Kassationshofe Ballot-Beaupré zum Senatspräsidenten ernannt an Stelle des Beaurepaire, dessen Demission angenommen worden ist. Der Justizminister Lebret bestätigte offiziell, daß der Präsident des Kassationshofes, Mazeau, den Vorsitz in der Kriminalkammer des Kassationshofes übernehmen werde, sobald diese die gegenwärtig von ihr eingeleitete Untersuchung beendigt haben werde. Mazeau werde selbst den Rath bezeichnen, der mit der Berichterstattung über den Verhandlung über die eigentliche Revision des Dreyfusprozesses beauftragt werden soll.

Wie ein Hintertreppennroman lesen sich die angeblichen Enthüllungen des nunmehr in das Feldlager der Neu-Boulangerie übergetretenen Duesnay de Beaurepaire. Dieser hat sich unter dem Pseudonym Jules de Glouven und Lucie Herpin bereits mehrfach als — Romanschriftsteller versucht, ohne je den Senatsrathserfolg zu erzielen, den ihm seine Phantasie nimmermehr bei Hofe und bei den Senatsmitgliedern bereitet haben. Da Duesnay in seinem Borne über den Rath Bard, den ersten Präsidenten Mazeau und den Justizminister Lebret Worte fallen ließ, als ob er schiedliche Dinge über seine bisherigen Kollegen zu erzählen hätte, nehmen nun die Antirevisionisten das bekannte Wort Zolas von der Wahrheit, „die im Vornahme begriffen ist“, für ihre Rechnung auf und kündigen mit Willkür pathetisch an, „das volle Licht werde nunmehr auf die Geschichte aller Bestochenen und Verführten, auf Zug und Trug des Frankfurter Syndikats, auf alle Fallstricke folgen, die dem Heere und dem Vaterlande gelegt worden sind“.

Duesnay de Beaurepaire hat einen Mitarbeiter des „Temps“ empfangen und auf dessen Fragen geantwortet, er habe allerdings die Absicht, die „vollständigen Auskünfte“ über die Affaire zu erteilen. Als ehemaliger Soldat habe er bisher die Offiziere geliebt; jetzt bewundere er sie. Die öffentliche Meinung, sagt er, muß angeklärt werden. Er will den Text seiner Aussage vor dem ersten Präsidenten Mazeau, sowie seiner ergänzenden Erklärung über den Präsidenten der Strafkammer Loez veröffentlichten. Auch seine Antwort auf die offizielle Note vom 6. Januar, durch die der Zwischenfall Bard offiziell erledigt wurde, wird man lesen können. Duesnay entließ den Journalisten mit einigen Worten des Bedauerns darüber, daß er das hohe Amt, das ihm anvertraut war, niederlegen mußte. Dennoch könne dieser Schritt, fügte er hinzu, kein Opfer genannt werden, da er es sich zur Ehre anrechne, sich für sein Land schlagen zu dürfen. Ohne Zaudern werde er sich, mit seinem ganzen Körper mitten auf den Weg, um womöglich den Durchbruch des Feindes zu verhindern. Mehr kann man doch unmöglich verlangen.

Der „Temps“ legt in einem Leitartikel die Inhaftirtheit der sogenannten Enthüllungen Duesnay de Beaurepaire's dar. Beaurepaire habe nicht einen einzigen tatsächlichen Vorwurf gegen den Kassationshof vorgebracht. Die „Liberte“ erklärt es für nöthig, daß zur Klärung der Situation Beaurepaire vor den obersten Magistraturath geladen werde.

Der Kassationshof setzte gestern die Enquete über die Revision des Dreyfusprozesses bei verschlossenen Thüren fort.

Der Deputirte Gineyeffe hat seine Entlassung als Mitglied der Vereinigung der Lokomotivführer gegeben, weil der Präsident dieser Vereinigung offiziell seinen Beitritt zu der Liga „La patrie française“ erklärte.

Ein Großindustrieller aus Frankreich hat, wie berichtet wird, dem Präsidenten Herzog Philipp von Orleans zum Neujahrsgeschenk eine Million geschickt, auf daß er sie für die Rettung Frankreichs verwende. So sollte nichts mehr dem Herzog von Orleans am Landen verhindern, bemerkt dazu der „Eri de Paris“; aber Jemand, der die Orleans gut kennt, weil er in ihrem Dienste gestanden, versichert, die Million sei für den Präsidenten ein neuer Grund, sich nicht zu rühren. Das Geld hat übrigens den Orleans niemals gefehlt, wohl aber die Lust, es auszugeben. Das Gegenheil ist im Hause Bonaparte der Fall. Die Prinzessin Mathilde, Tante des Präsidenten, sucht in England die nöthigen Fonds für einen Streich; aber die Kaiserin Eugenie, die nicht gern auf ihre Reisen nach Frankreich verzichten würde, hat schon mit der Entziehung der Pension von 80 000 Franken jährlich gedroht, falls Prinz Viktor sie kompromittiren sollte, und dieser, der die Befähigung liebt, verhält sich ruhig.

Aus dem Reiche.

Die Feier des Jubiläums des Kaisers Franz Josef von Oesterreich als Chef des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 hat am Dienstag ihren offiziellen Anfang genommen. Die Kaiserin des Regiments in der Blücherstraße war auf das prächtigste geschmückt. Zum Begrüßungsabend in der Bodbrauerei waren zahlreiche ehemalige Offiziere des Regiments erschienen. Von Offizieren, welche vor 50 Jahren im Regiment gestanden, leben noch drei: Oberst A. D. von Bentivegni, Oberst A. D. von Ziegler (der frühere Major in Berlin) und Oberstleutnant von Trüggler, von denen Oberst von Ziegler jedoch durch Krankheit an der Theilnahme verhindert war. Der älteste Offizier, der am längsten, jetzt 33 Jahre, dem Regiment aktiv angehört, ist Major von Schand, Kommandeur des 1. Bataillons. Oberst von Schwarzkoppen mit seinen Offizieren empfing die alten Regimentskameraden und Gäste mit ihren Damen auf das liebenswürdigste. Am 7. Uhr nahm die Festvorstellung ihren Anfang mit dem vom Musikkorps des Regiments vorgetragenen Kaiser-Marsch von A. Wagner. Gegen den Schluß desselben theilte sich der Vorhang der Bühne, von welcher herab der Sängerkorps des Regiments die Hymne auf den Kaiser, von der Musik begleitet, sang. Nach einer auf mittelalterlichen Trompeten geblasenen Fanfare trat ein Herold hervor und sprach den vom Premierleutnant von Strauß verfassten Prolog. Hierauf folgte ein patriotisches Festspiel: „60 Jahre“ von Karl Allegri, dem sich Darstellungen lebender Bilder und eine Reihe weiterer Festlichkeiten anschloßen. — Die sozialdemokratischen Parteiführer befehlen sich im Monat Dezember v. J. auf rund 8700 Mark. Davon hat Berlin allein fast die Hälfte eingebracht. Die mysteriöse Chiffre A. J. J. figurirt wieder mit 2000 Mk. — In Weimar wird sich ein Ausschuss zur Errichtung eines Bismarck-Denkmal's auf dem Ettersberg bilden, nachdem der Thüringerwald-Berein die Unterstützung dieser Idee mit einem schon für einen Aussichtsturm am Ettersberg gesammelten Fonds zugelegt hat. Eine Sitzung des Ausschusses soll in den nächsten Tagen stattfinden. — Wie aus Würtemberg gemeldet wird, beantragt die Kommission der Kammer der Standesherren, auf das Ortsvorstehergesetz mit Abfassung der Lebenslänglichkeit unter den obwaltenden Umständen nicht einzugehen.

Deutschland.

Berlin, 11. Januar. Die englische Meldung, daß Deutschland beabsichtige, die Tonga-Inseln zu annektieren, ist mit berechtigtem Zweifel aufgenommen worden. Wie wir von unterrichteter Seite hören, liegt der Meldung nur die Thatsache zu Grunde, daß der deutsche Generalconsul in Apia, zu dessen Jurisdiktionsbezirk die Tonga-Inseln gehören, eine schon seit einem Jahre geplante Inspektionsreise nach den Inseln jetzt ausgeführt hat, bei der er die Erfüllung von Verpflichtungen der Eingeborenen gegen die deutsche Handelsgesellschaft durchzuführen versucht hat.

Der Gouverneur von Deutsch-Nasafrika, Generalmajor Liebert, theilte in einer Verammlung der Abtheilung Berlin der deutschen Kolonialgesellschaft mit, daß der Bau einer Eisenbahn über Kassa nach dem Abassa-See und dann weiter bis an den Südpunkt des Tanganyika-Sees durch die Unterstiftung einiger deutscher Finanzleute gesichert sei.

Die „Allgemeine israelitische Wochenschrift“ erklärt sich zwar grundsätzlich gegen jede Ausweisungsgesetz, bemerkt aber zu dem Vorgehen des Herrn Jacobi (und Well) Folgendes: „Dem Auslande gegenüber giebt es zwischen uns und unserer Regierung keinen Unterschied; dort können wir ohne unsere Regierung keine Bundesgenossen haben oder suchen. Wer anders handelt, handelt unethisch, der handelt widerständig.“

Der preussische Staatshaushaltsetat-Entwurf für 1899 ist fertig gestellt und wird in der üblichen Form durch den Finanzminister in einer besonders dazu anberaumten Sitzung dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden. Ob auch einer oder anderer der großen für diese Tagung in Aussicht genommenen Geleitenwürfe, die auch in der Thronrede zur Antikipation gelangen werden, mit dem Etat zugleich wird dem Landtage zugehen können, steht noch dahin. Indessen sind diese Entwürfe durchweg so gefordert, daß sie jedenfalls binnen kurzem dem Landtage werden unterbreitet werden können.

Zur „Nichtstellung“ der Mittheilungen über die Ausweisungen des Kaisers in Bethlehem an die orthodoxen evangelische Geistlichkeit schreibt Propst Hoppe in Jerusalem der „Kreuzzeitung“ Folgendes: „Die Anprache des deutschen Kaisers an die evangelischen Geistlichen nach dem Gottes-

dienste in Bethlehem am Sonntag, den 30. Oktober, ist theils von Zeitungen falsch wiedergegeben, theils, wie ich aus Aufschriften ersehe, falsch verstanden worden. Des Kaisers Ausrufung lautete nicht dahin, daß derselbe sich, was den Betrieb der christlichen Liebesbroschüre betreffe, entäußerte. Von Liebesbroschüre sprach der Kaiser in dem Zusammenhang überhaupt nicht, auch nicht von evangelischer Liebesbroschüre, noch viel weniger kam ein Gefühl der Enttäuschung nach dieser Richtung hin zum Ausdruck. Jenes Urtheil betraf lediglich das orientalische Christenthum in seiner gegenwärtigen traurigen Entartung und besonders die Orabesche, die er am Tage zuvor soeben nach seinem Eingange besucht hatte. Die evangelische Kirche und ihre Liebesanstalten wollte der Kaiser erst kennen lernen. Sogleich den ersten Eindruck in Bethlehem bezeichnete der hohe Herr als „erhebend“ und äußerte sich später, ebenso wie die Kaiserin, bei den Besuchen unserer Anstalten in der gnädigsten Weise über dieselben. In dem warmen Appell an die evangelische Christenheit, in der muhammedanischen Welt den Namen des Christenthums wieder zu Ehren zu bringen, kann daher nur ein ehrendes Zeugniß des Vertrauens zu ihrer und ihrer Arbeiter Thätigkeit gefunden werden, nicht ein abfälliges Urtheil über das, was sie bisher geleistet oder nicht geleistet habe.“

Der Herausgeber der „Deutsch-evangelischen Blätter“ beginnt den neuen Jahrgang seiner Zeitschrift unter der Ueberschrift „Zur Jahreswende“ mit einem Artikel, in welchem über die gegenwärtige Lage des deutschen Reiches ein Pessimismus zum Ausdruck kommt, der nur dazu dienen kann, der Reichsverbesserung Vorschub zu leisten, und zwar in solchen Streifen, die sich bisher die Freude an Kaiser und Reich nicht haben verknüpfen lassen. Es ist doch eine starke Uebertriebung, die nicht unwiderprochen bleiben darf, wenn D. Weichlag das furchtbare Wort: „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung“, das in den Anfangszeiten dieses Jahrhunderts durch die Herzen der Vaterlandsfreunde ging, vom ethisch-politischen Standpunkte aus auf die Gegenwart anwenden zu müssen glaubt; „denn“, so schreibt er wörtlich, „dies ist, folge, blühende Deutschland beugt sich nicht minder wie das arme, ohnmächtige, zerrissene der Rheinbundeszeiten vor einer schmachvollen Fremdherrschaft, vor den Füßen eines auswärtigen Weltregierers“, — nur daß derselbe nicht französischer Kaiser heißt, sondern römischer Papst! Wir beklagen gewiss mit D. Weichlag einen Zustand im deutschen Reich, bei dem das Zentrum zur ausschlaggebenden Macht im Reichstage geworden und das Loosungswort „Katholik ist Trumpf“ mit einer immer unerträglicheren Annäherung sich geltend machen darf. Aber bei alledem ist es doch eine nicht minder starke Uebertriebung, wenn D. Weichlag sich dazu verheißt, den Papst als den Mitregenten und zwar den übermächtigen Ausschlaggebenden des deutschen Reiches zu bezeichnen, wenn er in der Gegenwart die Lage Gregors 7. und Heinrichs 4. wiedergekehrt sieht, und daß das Kaiserthum heute keinen Widerstand leiste. Wir meinen, daß schon die fest entschlossene Haltung, mit welcher der Kaiser und die deutsche Reichsregierung den von Frankreich erhobenen und vom Vatikan unterstützten Anspruch auf das Schutzwort über die deutschen Katholiken im heiligen Lande zurückgewiesen haben, den Herausgeber der „Deutsch-evangelischen Blätter“ hätte überzeugen können, wie weit der Kaiser und seine Regierung davon entfernt sind, den Papst als Mitregenten des deutschen Reiches anzuerkennen. Solche Worte sind unseres Erachtens dazu geeignet, den Uebermuth des Zentrums und des in ihm vertretenen Ultramontanismus nur noch zu steigern. Insbesondere aber muß gegen die Betrachtungen Widerspruch erhoben werden, welche D. Weichlag in seinem Artikel: „Zur Jahreswende“ an die Thatsache knüpft, daß der Kaiser das sog. Dormitorium zu Jerusalem den deutschen Katholiken übergeben hat. Gewiß hat D. Weichlag darin Recht, daß kein geschichtlich gebildeter Mensch diese That für den sich beglückwünschenden Sterblichen der Maria hält, und auch darin mag er Recht behalten, daß an dieser That ein neues Heiligtum des Marienkultus entstehen wird. Kaiser und Reichsregierung können es aber nicht ändern, daß Wandes, was nach protestantischen Grundgesätzen abgelehnt werden muß, wie Marienkultus und Heiligenverehrung, von einem großen Theile der deutschen Bevölkerung als ein Bestandtheil ihres religiösen Lebens angesehen wird, und es gehört zum Wesen der Parität, daß auch das Recht der religiösen Anschauung Anderer geachtet wird. Weit entfernt, in jener Schenkung eine Verleumdung der ewigen Grundwahrheiten des Christenthums zu sehen, zu denen der Kaiser sich bekannt hat, ist sie unseres Erachtens nichts Anderes gewesen, als ein Beweis königlicher Gütlichkeit, durch welche der Kaiser seinen katholischen Unterthanen hat zeigen wollen, daß ihm auch die Förderung ihrer religiösen Interessen am Herzen liegt. Und dieser Unbefangenheit des Kaisers, der über Protestanten und Katholiken herrscht, können wir uns nur freuen. Wir glauben nicht, daß durch solche Kundgebungen eines übertriebenen Pessimismus die Gefahren, mit denen der Ultramontanismus unser deutsch-nationales Leben bedroht, wirksam abgemindert werden.

Nach einer der „Wiener Polit. Korresp.“ aus Rom zugehenden Meldung hat der in der „Revue des deux Mondes“ veröffentlichte Artikel des gewissen französischen Botschafters beim Quirinal, Herrn Billot, über das italienisch-französische Handelsübereinkommen ebenso wie in der öffentlichen Meinung Italiens auch in den amtlichen Kreisen Roms unangenehmes Befremden hervorgerufen. Man könne es schwer begreifen, daß eine Persönlichkeit, die vor verhältnismäßig sehr kurzer Zeit noch die Stellung eines Vertreters der Republik am römischen Hofe bekleidete, bezüglich einer Konvention, die die Genehmigung der dazu berufenen gegebenden Körperchaften noch nicht erhalten hat, mit Kundgebungen hervortritt, die lebhafteste Empfindlichkeiten wecken und die öffentliche Meinung in verschiedener Richtung ungünstig beeinflussen könnten. Man verurtheile in der italienischen Hauptstadt allgemein aufs schärfste die Auffassung des Herrn Billot, wonach die Konvention darauf abzielen würde, Italien unabhängig von seinem Dreihundverhältnis zu machen oder wenigstens im Königreich eine Strömung herbeizuführen, durch die im Falle eines europäischen Konflikts Aktionen Italiens im Sinne seiner bisherigen auswärtigen

Politik paralytisch werden würden. Es werde betont, daß der genannte Diplomat in diesen Anlässen eine ebensoförmliche Unkenntnis der Zustände und Stimmungen in Italien verräthe, wie er sie als Berichterstatter in Rom bewies, indem er den finanziellen Zusammenbruch Italiens fast jeden Tag als eine Unvermeidlichkeit anführe. Es liege überhaupt eine ungenügende Naivität in der Annahme, daß ein Staat, der eine zehnjährige wirtschaftliche Krise behufs Sicherung seiner ökonomischen Unabhängigkeit überwunden hat, diese und überdies in gewissem Maße auch seine politische Selbstständigkeit für die beschränkten Vortheile eines von beiden Seiten leicht widerzuziehenden Vertrages preisgeben würde.

Die Handels- und Gewerbekammer Plauen hat sich in ihrer Sitzung vom 14. Dezember 1898 mit der Tendenz des von der Handelskammer Frankfurt a. O. an den Reichstag gerichteten bekannten Antrags, wonach sämtlichen Reichsbankstellen oder doch wenigstens denjenigen, die in Städten von über 50 000 Einwohnern ihren Sitz haben, die Verpflichtung zur Annahme der Noten der privilegierten Privatnotenbanken zum vollen Nennwerthe obliegen soll, einverstanden erklärt; sie war aber der Ansicht, daß das hiermit angestrebte Ziel, das Publikum vor Weiterverbreitung der falschen Banknoten zu bewahren, die sich aus der behinderten Zirkulationsfähigkeit der Noten der Privatnotenbanken häufig ergeben, erst erreicht wird, wenn auch den Stellen der Reichsbank sowie der Landespostanstalten und der Staatsbanknoten die Verpflichtung zur Annahme der Noten zum vollen Nennwerthe auferlegt wird. Die Kammer ersuchte es als Nicht der Reichsregierung, darauf zu sehen, daß die Noten derjenigen Privatbanken, die den im Bankgesetz gestellten Bedingungen entsprechen, in ihrer Zirkulation nicht durch Maßregeln der Verwaltung im Reich und in den einzelnen Staaten zum Schaden des Verkehrs gehindert werden, und hat deshalb die königliche kaiserliche Staatsregierung gebeten, durch ihren Vertreter im Bundesrat auf die Annahme eines entsprechenden von ihr in den Bundesrat gerichteten Antrages hinzuwirken.

In den deutschen Münzstätten sind im Monat Dezember an Reichsmünzen für 17 074 800 Mark Doppeltrommeln und zwar sämtlich auf Privatrechnung, für 2 269 845 M. silberne Fünfmünzen, für 373 688 M. Zweimünzen und für 58 136 40 M. Zehnfünnstücke geprägt worden. Ende 1898 waren an Reichsmünzen im Umlauf für 3 354,7 Millionen Mark Goldmünzen und zwar 2 781,6 Millionen Doppeltrommeln, 597,1 Millionen Kronen, 5,9 Millionen halbe Kronen. Von den letzteren sind insgesamt für 27,9 Millionen Mark geprägt, jedoch wurden für 22,0 Millionen wieder eingezogen, so daß die völlige Verschwinden aus dem Verkehr in absehbarer Zeit erfolgen dürfte. An Silbermünzen sind für 501,6 Millionen im Umlauf, wovon für 102,8 Millionen Fünfmünzen, für 122,7 Millionen Zweimünzen, für 189,9 Millionen Einmünzen, 71,5 Millionen Fünzig- und 14,7 Millionen Zwanzigfünnstücke sind. An Nickelmünzen waren für 58,5 und an Kupfermünzen für 14 Millionen Mark im Umlauf.

Hannover, 10. Januar. Der Bau des Cafés in Klostergarten ist der Firma D. Bering übertragen worden.

Hamburg, 10. Januar. Ueber die Unruhen in Bolivien geht dem „Hamb. Korresp.“ von dem hiesigen bolivianischen Konsulat folgende Mittheilung zu: Mit Bezugnahme auf die vor Kurzem vom „Neuerlichen Bureau“ gebrachte Meldung, nach welcher in Bolivien eine Revolution ausgebrochen sei, welche den Präsidenten veranlaßt habe, mit 2500 Mann auf La Paz zu marschieren, berichtet die bolivianische Gesandtschaft in Paris, daß diese Unruhen völlig beigelegt seien und heute in Bolivien vollständige Ruhe herrsche. Die Unruhen hätten ihren Grund darin gehabt, daß man den Versuch machte, den bisherigen Zustand, den die Regierung zwischen den Hauptstädten der Republik wechseln zu lassen, dadurch aufzuheben, daß man als ständigen Sitz der Regierung Sucre geographisch bestimme. Dem Bericht wird hinzugefügt, daß die Handelsbeziehungen durch die Unruhen in keiner Weise berührt worden seien und daß die Erregung nunmehr beseitigt sei.

Österreich-Ungarn. Wien, 10. Januar. Die ungarische Krise geht ihrer Lösung entgegen. Bezüglich des Ausgleichs will die Opposition die wirtschaftliche Gemeinschaft beibehalten unter bloß prinzipieller Wahrung des selbstständigen Zollgebietes. Als Gegenleistung wird ein Gesetz über die Wahlprüfungen durch die Gerichte verlangt. Die Demission Banffy's wird als selbstverständliche Forderung betrachtet und erfüllt.

Frankreich. Das Steuerjahr 1898 war für die französischen Finanzen ein ungemein günstiges. Trotz der schlechten Zeitläufte überstieg das Erträgnis der indirekten Steuern die Voranschläge um beinahe 134 Millionen und das Erträgnis von 1897 um 122 1/2 Millionen. Das Weinsteuergeld blieb hingegen ungenutzt der Neuankommlinge der Weinberge um 17 582 Hektar hinter dem Durchschnittsertragnis der letzten zehn Jahre, 1888 bis 1897, um 995 000 Hektoliter zurück. Die Gesamternte wird auf 32 282 359 Hektoliter geschätzt. Der Alkoholgehalt von 28 494 000 Hektoliter betrug unter 11 Grad, von 2 703 000 Hektoliter 11 Grad und von 1 086 008 Hektoliter darüber. Die Departements, welche wie gewöhnlich am meisten Wein produzierten, sind Gironde und Aude; doch wird für das erste Einbuße von 40 Prozent und für das andere von 25 Prozent gegen das Vorjahr konstatiert. In der Gironde hingegen ergab sich ein Mehrertragnis von 50 Prozent gegen 1897. Hierbei kommt nur die Quantität, nicht die Qualität in Betracht. Die Weinproduktion des Gironde lieferte 6 745 000 Hektoliter im Herbst 1898 statt der 10 097 796 Hektoliter im Vorjahr, die Aude 3 056 186 Hektoliter, der Gironde 2 355 645 Hektoliter, des Gard 1 498 598 Hektoliter, des Puy de Dôme 1 140 027 Hektoliter, der Gironde 1 100 370 Hektoliter u. s. w. Während der ersten zehn Monate des verfloffenen Jahres wurden an fremden Weinen in Frankreich 6 655 412 Hektoliter eingeführt. Davon entfielen 4 042 881 Hektoliter auf Spanien; der Rest vertheilte sich auf Italien, Portugal, Algerien und Tunisien.

Paris, 10. Januar. Depuirtenkammer. Der Alterspräsident Boyffert eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er alle auffordert, den gegenwärtigen schmerzlichen und gefährlichen Spaltungen ein Ende zu machen und wieder ruhig zu werden im Vertrauen auf die tapfere Armee. (Beifall.) Bei der hierauf vorgenommenen Wahl eines Präsidenten wurde Deschanel mit 323 Stimmen gewählt, Brisson erhielt 187 Stimmen. Die bisherigen Vizepräsidenten Agnarr, Girmin, Faure, Godery und Mielreux wurden wiedergewählt. Die Kammer beendete sodann die Wahl des Bureau's und verlegte sich auf Donnerstag.

Senat. Mallon, der Alterspräsident, hält eine Rede, in welcher er ausführlich, das gegenwärtige Mißbehagen sei nicht der Verfassung zuzuschreiben, der Augenblick wäre schlecht gewählt, um eine Konstituante zu berufen. Die Wahl des Bureau's wird auf Donnerstag festgesetzt.

Italien. Rom, 10. Januar. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht heute folgende Note: Das kürzlich von einigen Zeitungen veröffentlichte angeblich vom Ministerpräsidenten Cicerio di Cola herrührende Telegramm, nach welchem Cicerio di Cola den guten Glauben Mancini's bezweifelte, beruht auf reiner Erfindung. Ebenso ist die Nachricht erfunden, daß irgend ein Befehl gegeben worden sei, Verstärkungsgruppen nach Afrika zu senden. Es empfiehlt sich, die öffentliche Meinung vor den Verbreitern falscher Nachrichten zu warnen. Alle aus sicherer Quelle kommenden Nachrichten sind dazu angethan, das Land über die Lage der Dinge in der Gräthia völlig zu beruhigen.

Spanien und Portugal. Madrid, 10. Januar. Der Ministerpräsident Sagasta begab sich heute nach dem Palais und hatte dort bei der königlichen Negentine eine einstündige Audienz. Auf die Anfrage eines Berichterstatters erklärte Sagasta, daß von einer Kabinettskrise keine Rede sei. Er habe keinen Grund, die Vertrauensfrage zu stellen und glaube, daß er vor den Kortes erscheinen werde.

Rußland. Petersburg, 10. Januar. Nach einer Aeußerung Murawjews erfolge der Zusammentritt der Friedenskonferenz Ende März.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 11. Januar. Der Vorstand des Prüfungsausschusses für den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin wird am 16. d. M. wieder zusammengetreten. Der Reichstagsabgeordnete, Mitglied des Herrenhauses Dr. Udo Graf zu Stolberg-Bernburg wird den Vorsitz führen. In dieser Sitzung soll Bericht über die bisherige Thätigkeit des Ausschusses erstattet werden. Uebrigens wird von unterrichteter Seite nochmals berichtet, daß der Kaiser in der dem Vorstande vor Weihnachten gewährten Audienz sich für die Initiative ausgesprochen habe.

Die kaiserliche Oberpostdirektion weist besonders die Fernsprechtheilnehmer, deren Einrichtungen stark benutzt werden, darauf hin, daß zwar sämtliche Fernsprechapparate mit äußerst empfindlichen Mischungsverhältnissen versehen sind, welche etwaige Entladungen atmosphärischer Elektrizität sicher auffangen und ableiten, daß aber trotzdem empfohlen wird, bei nahen und fernen Fernsprechern die Fernsprechapparate und Leitungen nicht zu berühren.

Aus der im Oktober v. J. abgegebenen Zusammenkunft der Vertreter der beim Bau des KfH-Häuser-Denkmal's beteiligten Kriegerverbände, beginnt jetzt Einiges an die Öffentlichkeit zu dringen. Das finanzielle Bild der gesamten Sache war darnach keineswegs erfreulich, da noch immer rund eine halbe Million Schulden vorhanden ist und die Beiträge sehr langsam fließen. So waren von den 11 579 Vereinen des deutschen Kriegerbundes bis zum letzten gedruckten Abgange erst 2137 der Aufgabengerecht geworden, je 1 Mark auf den Kopf ihres Mitgliederstandes vom 1. April 1896 zur Denkmalskasse zu zahlen. 8413 Vereine hatten weniger gezahlt, und zwar zum Teil bis hinauf zu 10-20 Pf. auf den Kopf, und von nicht weniger denn 1029 Vereinen war überhaupt noch kein Pfennig eingegangen. Deshalb wurde mit Recht hervorgehoben, es sei schwer verständlich, daß es einer Gemeinschaft von fast 2 Millionen alter Krieger bisher noch immer nicht möglich gewesen sei, die Denkmalskosten aufzubringen, obwohl von dem Einzelnen nur ein kleines Opfer erfordert werde, das auf mehrere Jahre vertheilt, nach wenigen Pfennigen zähle. Man beschloß, das Denkmals möglichst schnell schuldenfrei zu machen und zu diesem Zwecke die Landesverbände zu erziehen, vom Jahre 1900 ab in jedem Jahre bis zur Schuldentilgung auf den Kopf ihres Mitgliederstandes 2 Pf. aufzubringen. Der angeführte Beschluß des Deutschen Kriegerbundes betreffend Aufbringung von 1 Mark auf den Kopf soll von diesem neuerlichen Beschluß unberührt bleiben.

Der Unterricht an den Kapitulantenschulen wird auch in diesem Winter bei sämtlichen Truppenteilen von Kommanden nach dem Einigungsstadium „Stolze-Schrey“ ertheilt. Das System wird ferner gelehrt im Verein junger Kaufleute zu Stettin, an der Handels- und Gewerbeschule für Frauen und Töchter in Stettin und an der Handelschule in Stralsund. Den Mitgliedern des Pommerischen Stenographen-Bundes wird seit dem 1. Januar d. J. die „Stenographische Monatschau“ mit der „Stenographischen Lehrhalle“ und dem „Vereinsboten“ als Beilagen gratis geliefert. Anhänger des Einigungsstadiums „Stolze-Schrey“ können gegen einen jährlichen Beitrag von 3 Mark als einzelführende Mitglieder in den Bund aufgenommen werden. Anmeldungen sind an den Bundeschriftführer Herr Paul P. L. v. e in Stettin, Buchhändler 50, zu richten, durch den auch zum Selbstunterricht vorzüglich geeignete Lehrbücher gegen Einzahlung von 85 Pf. bezogen werden können.

Bei dem 2. Abonnementskonzert des Waldemars-Meyers-Quartetts, welches Freitag Abend im Konzerthause stattfand, wirkte Fräulein Elisabeth Zeppe mit und erhielt daselbst durch einen besonderen Reiz. Bei dem großen Erfolge, welchen das erste Konzert hatte, dürfte ein zahlreicher Besuch des Freitagskonzertes sicher sein.

Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: 1,50, Ferkel 2,00, Vorderfleisch 1,20 Mark; Schweinefleisch: Karbonade 1,80, Schinken 1,50, Bauch 1,40 Mark; Kalbfleisch: Koteletts 1,80, Keule 1,60, Vorderfleisch 1,20 Mark; Hammelfleisch: Rippen 1,50, Keule 1,40, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck (ausgewogen) 2,00 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10 bis 20 Pf. billiger. — Gänse waren nur spärlich vertreten und wurde das Pfund mit 52-58 Pf. bezahlt.

Verhaftet wurden hier der Arbeiter Karl Komczyk wegen Widerstandes und Verleumdung sowie die von der Staatsanwaltschaft auf Greifswald wegen schweren Diebstahls festgenommenen Arbeiterinnen Anna Komczyk und Gertrud Komczyk.

Vertrauen Unioillen erregte heute Mittag das rüchichtslose Gebahren eines Fuhrwerksbesizers, der mit einem einpässigen Hölzswagen auf Greifswald wegen schweren Diebstahls festgenommen wurde. Bereits am Vorkrieg wurde von dem Gefährte eine Frau ungerissen, doch

statt sich dies als Warnung dienen zu lassen, fuhr der Führer des Wagens in scharfem Trab weiter, was einen zweiten Unfall an der Ecke der Königs- und Schulzenstraße zur Folge hatte. Dort wurde ebenfalls eine Frau überfahren. In der Breitenstraße wurde der Wagen angehalten und die Persönlichkeit des Führers festgehalten, es war der in der Bogislavstraße wohnhafte Handelsmann Keller. Die beiden Frauen sind zum Glück nur leicht verletzt.

Kunst und Wissenschaft. Petersburg, 10. Januar. Die Akademie der Wissenschaften wählte zu Ehrenmitgliedern den König von Schweden und Norwegen und die Königin von Rumänien. Zum korrespondierenden Mitglied wurde das Mitglied der Münchener Akademie Friedrich Diehl gewählt.

Vermischte Nachrichten. Kiel, 10. Januar. Der Postbesitzer Butsching in Strübbel, unweit der Eidermündung, wurde gestern in seiner Wohnung ermordet. Unmittelbar nachher erhängte sich dessen Schwager, Landmann Janßen.

Wien, 11. Januar. Bei dem hier garnisonirenden 162. Infanterie-Regiment kamen mehrere Scharlachverkrankungen vor. Ein Lazarethschiff ist bereits verstorben.

Brag, 10. Januar. Der gewesene Besitzer der Reichsstadt Neustup, frühere Kavallerieoffizier Karl Kraus, der Schwiegervater eines Rittergutsbesizers in Pommern, der nach Vergeltung von 300 000 fl. zum Palatinus in Cafes herabstank, ertrank und zu acht Tagen Arrest verurtheilt wurde, hat sich heute nach Verübung der Strafe im Hotel vergiftet, nachdem er die ihm vom Schwiegersohn zugehenden überreichen Geldmittel zurückgewiesen. — Die städtische Gesellschaft der Sozialdemokraten zu Weickings wieder freigegeben; daraufhin wurde heute der über die Restauration, die Bier aus dem Prager Bürgerlichen Brauhaus schenken, verhängte Boykott aufgehoben.

Rom, 10. Januar. Nachgrabungen auf dem Forum führten heute zur Auffindung der „Begräbnisstätte des Romulus“, welche bis zum Ende des römischen Kaiserreichs große Verehrung genoss. Diefelbe galt als das älteste Denkmal aus dem alten Rom.

Stockholm, 9. Januar. In gerabezu idealen Verhältnissen leben die Bewohner des großen Kirchspiels Oja in der Landschaft Dalekarlien, das mit Recht als das reichste Kirchspiel Schwedens bezeichnet werden kann. Das Kirchspiel besitzt große Wälder, die jährlich, obgleich im letzten Jahrzehnt für etwa 10 000 000 Mark Wald verkauft wurden, noch immer über 300 000 Mark Jinsen einbringen. Aus den Waldemahnen wird alles bezahlt. Die Einwohner des Kirchspiels sind gänzlich abgabenfrei. Staatssteuern, Kommunalsteuern, alle Kosten für Kirche, Schule, Wege, Gebäude u. s. w. werden aus dem Waldfonds bezahlt. Nach jedem Dorfe des umfangreichen Kirchspiels wurde ein Fernsprecher angelegt, natürlich gleichfalls kostenlos. Schulhäuser und Lehrer befinden sich schon in solcher Zahl im Kirchspiel, daß der Staat sich weigert, den auf ihn fallenden Beitrag zu zahlen. Zur Aufkündigung der Landwirtschaft werden auf allgemeine Kosten große Entwürfungen z. c. ausgeführt. Das großartige find indessen die auf Kosten des Kirchspiels errichteten Meierereien, die auch vom Kirchspiel betrieben werden und die sämtliche Milch der Bauern übernehmen und einen Mindestpreis von 12 Pf. das Liter bezahlen. Verluste werden durch den „Waldfonds“ gedeckt. Außerdem werden zeitweise baare Geldsummen ausgezahlt, z. B. bei Futtermangel und dergl. Solche Verhältnisse wird man weit und breit vergeblich suchen.

Zu einer landwirtschaftlichen Ausstellung in einer schwedischen Provinzialstadt hatten die beiden Töchter des Pastors Hansen einen riesigen Marzipantischen eingelebt, in der Hoffnung, eine Prämie zu erhalten und damit ihrem alten Vater eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Eines Tages, als die Familie bei Tische saß, kam denn auch ein großes verpacktes Schreiben, welches also lautete: „Das Preisrichterkollegium der 7. Gruppe, welche Stallgebäude und das zugehörige Baumaterial umfaßt, hat den Fräulein Minny und Betty Hansen eine goldene Medaille zuerkannt für die von ihnen ausgestellte Probe zum Bodenbelag von Stallungen und Meierereien. Obgleich die Zusammenfügung der vorzüglichen Masse nicht — wie es die Statuten erfordern — genau angegeben ist, konnte das Richterkollegium nicht unterlassen, dieses vorzügliche Zeugnis zu prämiieren. Selbst neubeschlagene Pferde werden nicht im Stande sein, einen mit solchen aus dem eingelebten Material belegten Stallboden zu beschädigen.“

Schiffsnachrichten. Hamburg, 10. Januar. (Neueste Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der Hamburg-America-Linie.)

„Andalusia“, von Ost-Asien, 9. Januar in Hamburg. „Arcadia“, von Hamburg nach Baltimore, 7. Jan. Dover paßirt. „Armenia“, auf der Heimreise, 6. Januar in Saigon. „Austria“, auf der Heimreise, 8. Januar von Kobe. „Augusta Viktoria“, von Genoa nach Newyork, 7. Januar von Gibraltar. „Bratilia“, von Baltimore nach Hamburg, 6. Januar Kuzhagen paßirt. „Croatia“, 9. Januar von St. Thomas via Havre nach Hamburg. „Glandria“, von Hamburg nach West-Indien, 7. Januar in Bremerhaven. „Helene Widmers“, von Newyork nach Stettin, 9. Januar in Swinemünde. „Holvettia“, von St. Thomas nach Hamburg, 8. Jan. von Havre. „Ghermania“, von Hamburg nach Colon, 7. Januar in Kingston. „Hungaria“, 7. Januar von St. Thomas via Havre nach Hamburg. „Knight of St. George“, 6. Januar in Baltimore. „Moravia“, von Newyork nach Hamburg, 6. Januar Kuzhagen paßirt. „Patricia“, 7. Januar von Newyork nach Hamburg. „Pennsylvania“, von Hamburg nach Newyork, 6. Januar Kuzhagen paßirt. „Sarnia“, auf der Ausreise, 6. Januar in Singapur. „Strathgarry“, von Baltimore nach Hamburg, 6. Januar Kuzhagen paßirt. „Suevia“, von Hamburg nach Ost-Asien, 8. Januar Ostbrabant paßirt. „Syria“, von Hamburg nach West-Indien, 6. Januar von Havre. „Valencia“, von St. Thomas nach Hamburg, 8. Januar in Havre. „Venetia“, von St. Thomas, 8. Januar in Hamburg.

Rugby. 10. Januar. Auf einem im Hafen liegenden holländischen Getreidefrachter wurden am Sonnabend bei einer weiblichen Person die schwarzen Knochen festgestellt; das Schiff wurde sofort vom Hafen in die Mündung geschleppt und unter Quarantäne gestellt.

Newyork, 11. Januar. Seit drei Tagen wird der Amerika-Dampfer „St. Paul“ mit mehreren Hundert Passagieren vermisst.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Januar. Wetter: Klar. Temperatur + 3 Grad Reaumur. Barometer 759 Millimeter. Wind: SW. Spiritus per 100 Liter à 100 % loco 70er 38,70 bez.

Landmarkt. Weizen 156,00 bis 160,00. Roggen 144,00 bis 146,00. Gerste 138,00 bis 144,00. Hafer 132,00 bis 136,00. Heu 2,50 bis 3,00. Stroh 25 bis 30. Kartoffeln 36 bis 42 per 24 Zentner.

Berlin, 11. Januar. In Getreide z. fanden keine Notierungen statt. Spiritus loco 70er amlich 39,50, loco 50er amlich 58,90.

London, 11. Januar. Wetter: Kälter.

Berlin, 11. Januar. Schluss-Kurse.

Preuß. Consols 4 1/2 %	101,50	London kurz	—
do. do. 3 1/2 %	101,60	London lang	—
do. do. 3 %	93,90	Amsterdam kurz	—
Österr. Reichsbank 3 %	93,60	Paris kurz	—
Russ. Reichsbank 3 1/2 %	99,50	Belgien kurz	—
do. do. 3 %	90,00	Verl. Dampfmaschinen 126,50	
do. do. 3 1/2 %	99,75	Neue Dampf-Maschinen (Stettin)	108,60
3 % neuiländ. Pfdbr.	90,00	Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Böhler	418,50
Centralbank	100,00	„Union“, Fabr. chem. Produkte	142,10
Pfandbr. 3 1/2 %	100,00	Bargainer-Papierfabr. 190,50	
Italienische Rente 93,40		Stöcker-Waagenfabr. 178,60	
do. 3 %/Gld.-Obl. 99,25		Börsen-Werte 158,00	
Ungar. Goldrente 100,40		4 1/2 % Hamb.-Hyp.-Bank b. 1900 umf.	100,00
Rumän. 1881er am. Rente 100,75		3 1/2 % Hamb.-Hyp.-B. umf. b. 1905	99,00
Serb. 4 %/Gld.-Rente 60,80		Stett. Substanz 3 1/2 %	—
Griech. 5 % Goldr. von 1890	41,25	Ultimo-Kurse:	
Russ. am. Rente 4 1/2 %	92,75	Dis.-Commodit 197,25	
Mexikan. 6 %/Gld.-Rente 99,30		Verl. Handels-Ges. 167,80	
Defest. Renten 169,30		Deut. Credit 225,25	
Russ. Bank. Gld. 216,45		Dynamite Trust 178,60	
do. do. Ultimo	—	Börsen-Werte 158,00	
Gr. Russ. Goldr. 324,20		Banknoten 230,90	
Frz. Banknoten 81,15		Landrente 216,10	
National-Hyp.-Geld. (100) 4 1/2 %	93,50	Sarpener 177,90	
do. (100) 4 %	93,50	Siberia, Bergw.-Gesellschaft 187,60	
do. umf. b. 1905	—	Dortm. Union Lit. C. 102,75	
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4 1/2 %	83,50	Spreng. Substanz 96,20	
4 1/2 % — V. E. 100,00		Warenbörse-Mainova 83,00	
Stett. Substanz 3 1/2 %	—	Norddeutscher Lloyd 114,90	
Lit. B. 218,25		Lombarden 27,40	
Stett. Substanz 3 1/2 %	—	Franken 154,00	
Petersburg kurz 216,00		Luxemburg, Prince-Genribahn 104,50	
Warschau kurz	—	Tendenz: Still.	

Paris, 10. Januar, Nachmittags. (Schluss-Kurse.) Behauptet.

3 % Franz. Rente	101,42	101,97
5 % Ital. Rente	92,40	92,02
Portugiesische 3 %	23,20	23,10
Portugiesische Tabakfabr.	—	481,00
4 % Rumänien	93,05	—
4 % Russen de 1889	101,00	101,00
4 1/2 % Russen de 1894	—	—
3 1/2 % Russ. Wkt.	94,55	94,10
3 % Russen (neue)	61,85	62,00
4 % Serben	46,60	46,40
4 % Spanier äußere Anleihe	22,67 1/2	22,65
Convent. Türken	110,00	109,20
Türkische Rente	482,00	482,00
4 % türk. Pr.-Obligationen	262,00	262,00
Tabacs Ottomane	100,75	100,65
4 % ungar. Goldrente	676,00	672,00
Meridional-Altien.	767,00	767,00
Österreichische Staatsbahn	—	—
Bombarden	8800	8850
B. de France	926,00	921,00
B. de Paris	546,00	546,00
Banque ottomane	855,00	853,00
Credit Lyonnais	676,00	673,00
Debeurs	98,00	—
Langl. Estrat.	825,00	817,00
Robinson-Altien	229,00	227,00
Suezkanal-Altien	3460	3460
Wechsel auf Amsterdam kurz	205,87	206,06
do. auf deutsche Wäge 3 M.	122,75	121 1/2
do. auf Italien	7,87	7,87
do. auf London kurz	25,15 1/2	25,14 1/2
Cheque auf London	25,18	25,17
do. auf Madrid kurz	879,00	863,00
do. auf Wien kurz	206,75	207,87
Hanabacha	50,50	51,00
Privatdiskont.	—	—

Wien, 10. Januar. Mittels loco 53,50, per Januar 50,80. — Wetter: Kälte.

Hamburg, 10. Januar, Nachm. 3 Uhr. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 31,75 G., per Mai 32,25 G., per September 33,00 G., per Dezember 33,50 G.

Hamburg, 10. Januar, Nachm. 3 Uhr. (Nachmittagsbericht.) Mühen-Mohndauer 1. Prob. Wais 88 pSt. Rendement, neue Wais, frei an Bord Hamburg, per Januar 9,40, per März 9,50, per Mai 9,57 1/2, per August 9,75, per Oktober 9,37 1/2, per Dezember 9,35. Ruhig.

Bremen, 10. Januar. (Börsen-Schlussbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notierung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 7,00 B. Schmalz fest. Wicor 29 1/2 Pf., Armour (stied 29 1/2 Pf., Cudahy 30 1/2 Pf., Choice-Grocery 30 1/2 Pf., Wipre label 30 1/2 Pf. — Speck fest. Short clear middl. loco 27 1/2 Pf. — Weiz sehr fest. — Kaffee ruhig. — Baumwolle anziehend. Upland middl. loco 29 1/2 Pf.

Best, 10. Januar, Vormittags 11 Uhr. Produktmarkt. Weizen loco schwach, per März 9,45 G., 9,46 B., per April 9,32 G., 9,33 B. Roggen per März 8,03 G., 8,05 B. Hafer per März 5,75 G., 5,77 B. Mais per Mai 4,86 G., 4,87 B. Rohraps per August 12,25 G., 12,35 B. — Wetter: Kalt.

Amsterdam, 10. Januar. Java-Kaffee good ordinary 32,50.

Amsterdam, 10. Januar. Bancazinn 57,50.

Amsterdam, 10. Januar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine beh., per März 184,00, per Mai 185,00. Roggen loco —, do. auf Termine ruhig, per März 148,00, per Mai 141,00. Mittels loco —, per Mai 23,62.

Antwerpen, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen steigend. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Antwerpen, 10. Januar, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlussbericht.) Raffinirtes Typo weiß loco 19,62 bez. u. B., per Januar 19,62 B., per Februar 19,62 B., per März 19,75 B. Fein.

Schmalz per Januar 68,75. **Paris, 10. Januar. (Schluss.)** Rohzucker ruhig, 88 pSt. loco 28,00 bis 28,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 28,87, per Februar 29,00, per März-Juni 29,62, per Mai-August 30,12.

Paris, 10. Januar. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest, per Januar 21,60, per Februar 21,75, per März-April 21,90, per März-Juni 22,00. Roggen ruhig, per Januar 14,40, per März-Juni 14,50. Weiz fest, per Januar 45,75, per Februar 45,95, per März-April 46,30, per März-Juni 46,50. Mittels matt, per Januar 49,25, per Februar 49,50, per März-April 49,75, per Mai-August 50,25. Spiritus fest, per Januar 44,50, per Februar 44,75, per März-April 44,50, per Mai-August 44,50. — Wetter: Bewölkt.

Havre, 10. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Siegel & Co.) Kaffee good average Santos per Januar 37,75, per März 38,25, per Mai 38,75. Ruhig.

London, 10. Januar. 96% Javazucker loco 11,50 ruhig, Mühen-Mohndauer loco 9 Sh. 4 1/4 d. ruhig.

London, 10. Januar. Chili-Kupfer 60 1/2 pSt. per drei Monate 60 1/2 pSt.

London, 10. Januar. Kupfer Chilitar good ordinary brands 60 pSt. 7 Sh. 6 d. 3/4. (Straits) 96 pSt. 12 Sh. 6 d. 3/4. 24 pSt. 12 Sh. 6 d. 3/4. Blei 13 Sh. 12 Sh. 6 d. 3/4. Nocheisen Mixed numbers warrants 50 Sh. 6 d.

Liverpool, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Mehl 1/2 d. niedriger, Mais ruhig.

Gull, 10. Januar. Getreidemarkt. Weizen träge.

Glasgow, 10. Januar. (Schluss.) Roh eisen. Mixed numbers warrants 50 Sh. 8 d. Warrants Middlesborough III. 45 Sh. 4 d.

Glasgow, 10. Januar. Die Verschiffung von Nocheisen betrug in der vorigen Woche 5355 Tons gegen 4398 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Petersburg, 10. Januar. Weizen loco 11,00, Roggen loco 8,00, Hafer loco 5,00 bis 5,20, Leinwand loco 13,75 bis 14,00, Talg loco —, per August —, — Wetter: Schnee.

Newyork, 10. Januar. Bestand an Weizen 27 358 000 Bsh., Mais 20 935 000 Bsh.

Newyork, 10. Januar. Weizen-Verschiffung: per letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 267 000, do. nach Frankreich 3000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 262 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 50 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Tons.

Newyork, 10. Januar. (Anfangskurse.) Weizen per Mai 75,12. Mais per Mai 41,12.

Newyork, 10. Januar, Abends 6 Uhr.

W a u o l l e in Newyork	6 1/2	6,00</
--------------------------	-------	--------